Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 286. Dienstag, 10. Dezember 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Keine Vertrauens-Mehrheit für die Regierung?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

h— In den politischen und parlamentarischen Kreisen rechnet man bereits damit, daß die Reichsregierung bei der bevorstehenden Abstimmung über die Vertrauensfrage eine Mehrheit **nicht** bekommen, also zurücktreten muß. Damit wäre das Chaos eingetreten. Die offene Kriegserklärung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an die Reichsregierung ist ein Ereignis von weittragender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, denn das Ansehen der Reichsregierung hat durch den Schritt des Präsidenten der Reichsbank einen geradezu vernichtenden Schlag erlitten.

Während man auf Seiten der amtlichen Pressestellen eifrig bemüht ist, Herrn Dr. Schacht als „Verleumder" hinzustellen, der, obwohl er Hugenbergs Volksbegehren äußerlich ablehne, doch innerlich unterstütze, macht man sich im Zentrum und mehr noch innerhalb der Deutschen Volkspartei allerlei Gedanken über die Ursachen zu dem Schritt des Reichsbankpräsidenten. Es wird von Stunde zu Stunde zweifelhafter, ob die Regierung am Mittwoch oder Donnerstag bei der Stellung der Vertrauensfrage die Mehrheit bekommen wird. Nicht nur Herr Dr. Kaas erinnert an sein „ehrliches Nein". Wie uns von sehr gut unterrichteter Seite versichert wird, dürfte eine ziemlich große Gruppe seiner Partei die gleichen Bedenken gegen die Durchführbarkeit des Young-Planes hegen. Da aber auch die Hälfte der Deutschen Volkspartei mit Herrn von Kardorff an der Spitze mit dem bisherigen Verfahren der Regierung in der Frage der Finanzwirtschaft nicht einverstanden ist, so verdüstern sich die Aussichten der Regierung und es muß als sehr zweifelhaft bezeichnet werden, ob es der Regierung gelingt, die erforderliche Mehrheit für die Vertrauensfrage im Reichstage aufzubringen. Sogar in den Kreisen der Demokraten gibt es eine ganze Reihe von Abgeordneten, die durchaus nicht gewillt sind, mit Rücksicht auf ihre Wähler und auf die Aktion des Reichsbankdirektors ihre Hand so ohne weiteres für die Regierung ins Feuer zu legen.

Wir stehen jedenfalls mitten in einer schweren Regierungskrise. In den Wandelgängen des Reichstages sowie in den Fraktionszimmern herrscht eine noch nie dagewesene Nervosität und man hört überall davon sprechen, daß Herr Dr. Curtius deshalb nicht abermals nach dem Haag fahren dürfe, weil er von seinem vorigen Besuch die Botschaft mit heimgebracht hatte, daß die erste Konferenz daselbst ein 100prozentiger Erfolg gewesen sei. Jetzt, nach der Offensive des Reichsbankpräsidenten, ist man auf allen Seiten gegenüber den Versicherungen der Reichsregierung doch recht skeptisch geworden und, wenn nicht alles trügt und wenn nicht im letzten Augenblick noch eine Wendung irgendwelcher Art eintritt, werden wir am Mittwoch oder Donnerstag erleben, daß die Reichsregierung mit einem Vertrauens-Defizit vom Podium abtritt und daß dann das deutsche Volk führerlos dasteht. Daß gewisse Kreise sich bereits mit dem Reichspräsidenten in Verbindung gesetzt haben, um diesen auf Grund der Bestimmungen der Reichsverfassung dann zum Handeln zu bewegen, ist eine Tatsache, die uns von verschiedenen Seiten vertraulich bestätigt wurde.

Aufruf des Präsidiums des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren.

* Berlin. Das **Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren** hat in seiner Sitzung am Montag einstimmig beschlossen, folgenden **Aufruf** zu erlassen:

„Volk gegen Reichstag! Die regierende Mehrheit des deutschen Reichstages hat das Freiheitsgesetz abgelehnt. Sie wagt keine durchgreifende Tat gegen Kriegsschuldlüge und Tributplan. Parlamentarische Minister haben einen Sieg der nationalen Front schon beim Volksbegehren als aussichtslos bezeichnet. Trotzdem hatte das Volksbegehren Erfolg. Nun erklären dieselben Minister, um der deutschen Freiheit den Weg zu verbauen, es seien 21 Millionen Stimmen für den Volksentscheid nötig. Laut Verfassung ist nur die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich. Diese Mehrheit werden wir haben. Der Reichsminister des Innern hat die Abstimmung auf den Goldenen Sonntag festgesetzt. Das widerspricht dem Sinn der Verfassung. Die Verfassung bestimmt, daß Wahlhandlungen nur an Ruhetagen stattzufinden haben. Mit uns sind die im Kampf gegen den Kulturbolschewismus stehenden kirchlichen Kreise und die schwerringende Wirtschaft einig in der Verurteilung der Entscheidung des Reichsinnenministers gewesen. Gegen den Reichstag, der nur um der Erhaltung der Koalition mit dem Marxismuswillen uns und unsere Kinder den Erpressern der Entente ausliefert, rufen wir das Volk auf.

Volk gegen Reichstag! Wir treten zu diesem Kampfe an und führen ihn durch. Alle, die unter dem Gesinnungsterror gestanden haben, alle, die mit den ersten Kennern des Wirtschaftslebens die Beendigung der hemmungslosen Erfüllungspolitik durchsetzen wollen, alle, die den deutschen Osten vor den verderblichen Polenverträgen bewahren möchten, rufen wir für das „Ja" zum Volksentscheid auf."

Das Finanzprogramm der Reichsregierung.

vdz. Berlin. Die Voss. Zeitung macht in ihrer Abendausgabe vom Montag **Angaben über Einzelheiten des Finanz- und Steuerprogramms der Reichsregierung**, das bereits mit den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien durchgesprochen worden ist. Im großen und ganzen sind es danach **nicht weniger als 800 Millionen, die die Regierung für 1930 an verschiedenen Steuern streichen will.** Die **Steuerreform soll der Landwirtschaft die Befreiung von den Rentenbank-Zinsen bringen. Die Industriebelastung soll schon 1930 um 180 Millionen verringert werden, ein weiterer Abbau ist für die folgenden Jahre vorgesehen.** Die **Einkommensteuer soll sehr beträchtlich gesenkt** werden. Die **erste Etappe** für 1930 wird **eine Senkung um 200 Millionen** bringen, in den nächsten beiden Etappen soll die **Ermäßigung nicht weniger als eine Milliarde** betragen.

Auch die **Realsteuern** sollen gesenkt werden. Für 1930 ist bereits ein **Nachlaß von nicht weniger als 880 Millionen vorgesehen. Fallen** soll auch die **Zuckersteuer mit 160 Millionen.**

Zur Deckung des Ausfalles sollen neue Einnahmen durch **Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer** geschaffen werden. Hier stoßen sich aber die Wünsche der Parteien. Die **Bayrische Volkspartei ist entschieden gegen die Erhöhung** der Biersteuer und die Sozialdemokratie gegen den Abbau der direkten Steuern auf Kosten der indirekten Steuern. Die Deutsche Volkspartei wiederum verlangt große Abstriche am Sozialetat.

Die Regierung will ein Gesamtprogramm vorlegen, dessen einzelne Teile miteinander so zusammenhängen und von einander abhängig sind, daß das Programm als Ganzes angenommen werden kann. Aus diesem Grunde schon wird das Kabinett die Vertrauensfrage stellen.

Von Interesse ist noch, daß auch **neue Bestimmungen über die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden vorgesehen** sind. Die Einnahmewirtschaft der Gemeinden soll mit einem beweglichen Faktor ausgestattet werden. Dies ist die **sogenannte Kopfsteuer**, andererseits auch Verwaltungsabgabe genannt, die es den Gemeinden ermöglichen soll, sich freier zu bewegen, aber nicht auf Kosten des Reiches und der Länder, sondern durch eine Sondersteuer, die sie selbst erheben, aber auch vor den Wählern zu verantworten haben.

•

Um die Grundzüge der Finanzreform. Die Gegensätze bei den Regierungsparteien.

* Berlin, 10. Dez. (Telunion.) Nach dem „Vorwärts" schreibt der **„Sozialdemokratische Pressedienst"** über die vorhandenen Gegensätze in der Frage der Finanzreform, **daß bisher noch keine Verhandlungen zwischen den Parteien und der Regierung stattgefunden hätten und daß sich noch keine Verständigung angebahnt hätte. Darin sieht der „Sozialdemokratische Pressedienst" eine sehr große Schwierigkeit, da über so schwerwiegende Fragen, wie sie durch das neue Finanzprogramm aufgeworfen würden, in wenigen Stunden keine Verständigung unter den Regierungsparteien gefunden werden könne. Man braucht** nur an das Unannehmbar zu denken, das die Bayrische Volkspartei der geplanten Biersteuererhöhung entgegengesetzt habe. Auch die Sozialdemokratie lehne das Regierungsprogramm in den einzelnen Teilen ab. Vor allem aber gingen die Forderungen der Demokraten oder gar der Deutschen Volkspartei so weit über die Vorschläge der Regierung hinaus, daß man es für unmöglich halte, daß die Reichsregierung bereits im jetzigen Stadium eine ins einzelne gehende Darstellung der künftigen Finanzreform geben könne. Ebensowenig könnten die Parteien durch ein Vertrauensvotum diese Absichten der Reichsregierung billigen und sich auf sie verpflichten.

Der „Börsenkurier" rechnet damit, daß infolge der großen Gegensätze zwischen den Regierungsparteien die Kanzlererklärung erst am Freitag erfolgen werde.

•

Das Ergebnis der Kabinettssitzung.

* Berlin, 10. Dez. (Telunion.) Wie der „Vorwärts" berichtet, endete die Sitzung des Kabinetts eine halbe Stunde nach Mitternacht mit der **Annahme einer Erklärung**, die etwa 5 bis 6 Schreibmaschinenseiten umfasse und in ihrem Inhalt **in der Hauptsache den Entwürfen Hilferdings entspreche.** Die Regierung wolle sich geschlossen hinter diese Erklärung stellen, die ein Kompromiß darstelle und die zwischen Regierung und Regierungsparteien jedenfalls noch zu lebhaften Besprechungen Anlaß geben werde. Ob die „Konkordienformel" gefunden sei, steht noch dahin.

•

Wiederzusammentritt des Reichstags.

vdz. Berlin. Der Reichstag trat heute Dienstag nachmittag 3 Uhr wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht in der Hauptsache der **Entwurf über den Ladenschluß am 24. Dezember.** Dann soll die Besprechung der **Richtlinien für das Wohnungswesen** fortgesetzt werden.

Vormittags begann der **Strafrechtsausschuß** die Beratung des Republikschutzgesetzes. Außerdem tagten vor dem Plenum die Fraktionen der **Deutschnationalen, Demokraten** und der **Wirtschaftspartei.** Das **Zentrum** hat für den Abend eine Fraktionssitzung anberaumt, um den Bericht über die Parteiführerbesprechung entgegenzunehmen. Auch die Fraktionen der übrigen Regierungsparteien werden wahrscheinlich abends zusammentreten, um sich mit dem Finanzprogramm zu beschäftigen. Die **Demokraten** haben ihren Parteivorstand für Freitag nach Berlin berufen.

Der Preußische Landtag nimmt am Dienstag 1 Uhr nachmittags seine Plenarsitzungen wieder auf. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff wird den Etat für 1930 einbringen. Die Aussprache soll am Mittwoch beginnen und bis Freitag dauern. Am Freitag will der Landtag bereits in die Weihnachtsferien gehen.

•

Kommunistische Mißtrauensanträge.

Berlin. (Funkspruch.) Die **kommunistische Reichstagsfraktion** hat, wie das Nachrichtenbüro des Vdz. hört, beschlossen, zu der bevorstehenden Aussprache über die Finanz- und Steuerpolitik der Reichsregierung neben einem besonderen **Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister Hilferding einen allgemeinen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett einzureichen.** Diese Anträge dürften aber dadurch ihre Erledigung finden, daß Reichskanzler Müller die Vertrauensfrage stellen will und die Re[illegible]parteien einen entsprechenden Antrag stellen werden.

Frühstück beim Reichspräsidenten zu Ehren Pacellis.

)(Berlin. **Reichspräsident von Hindenburg** gab gestern zu Ehren des **scheidenden Apostolischen Nuntius Monsignor Pacelli** ein **Frühstück**, an dem unter anderen teilnahmen: Der Reichskanzler, die Reichsminister Dr. Curtius, Dr. Wirth, Dr. Schätzel, von Guérard und Dr. Stegerwald, der preußische Ministerpräsident Dr. h. c. Braun und Staatsminister Dr. Becker, die Staatssekretäre v. Schubert, Dr. Pünder und Dr. Meißner, Bischof Dr. Schreiber, sowie der französische Botschafter, Herr de Margerie, der spanische Botschafter Dr. Espinosa de los Monteros und Nuntiaturrat Centoz.

Während des Essens erhob sich der **Herr Reichspräsident** zu folgendem Trinkspruch:

„Euer Exzellenz! Meine Herren!

Mit lebhaftem Bedauern sehe ich Sie, verehrte Exzellenz, heute aus Ihrem Amte als Apostolischer Nuntius und als Doyen des Diplomatischen Korps, das Sie neun Jahre lang in vorbildlicher Weise geführt haben, von uns scheiden. Ich danke Ihnen für alles, was Sie, getragen von hohem Gerechtigkeitssinn und großer Menschenliebe, in diesen langen Jahren an Friedensarbeit geleistet haben, und ich gebe Ihnen die Versicherung ab, daß wir Ihre verehrungswürdige Persönlichkeit und Ihr Wirken hier nicht vergessen werden. Ich erhebe mein Glas auf Euer Exzellenz Wohl und auf gesegnete Weiterarbeit in Ihrem neuen hohen Amte!"

Nuntius Pacelli dankte mit folgenden Worten:

„Herr Reichspräsident!

Nachdem ich bereits am heutigen Morgen durch die Ueberreichung meines Abberufungsschreibens die Beendigung meiner Mission in Deutschland Ihnen amtlich zur Kenntnis gebracht habe, ist es mir ein Herzensbedürfnis, in Erwiderung der huldvollen Worte, die Sie soeben an mich zu richten die große Güte hatten, Ihnen auch in diesem erlauchten Kreise zum Ausdruck zu bringen, mit welch aufrichtigen Gefühlen der Verehrung ich von Ihrer erhabenen Person scheide. In bewundernswerter Geistes- und Körperfrische, an der das Alter seine Macht verloren zu haben scheint, meistern Eure Exzellenz das schwere Amt, welches das Vertrauen Ihres Volkes auf Ihre Schultern gelegt hat. In männlichem Starkmut und vorbildlichem Gottvertrauen gehen Sie den Ihnen von Weisheit und Mäßigung gezeichneten Weg, der ein Weg des Friedens und der Versöhnung ist. In der frohen Hoffnung, daß auf diesem Wege Deutschland und der Menschheit die segensreichen Früchte wahren und gerechten Friedens reifen mögen, gilt mein Glas und mein letzter Abschiedswunsch Ihnen, Herr Reichspräsident, und dem Ihrer Führung anvertrauten Lande und Volke."

SLUB
Wir führen Wissen.